

Anlass zu Hoffnung und Sorge

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen. Gleichzeitig weist sie jedoch auf weiter bestehende gravierende Missstände hin – auch in den Eckpunkten zum zukünftigen Gesetz. Gute Ansätze drohen steckenzubleiben. In ihrem Rüstungsexportbericht 2022 analysiert die GKKE die deutschen Exportgenehmigungen 2021 und bewertet aktuelle Entwicklungen. Wir dokumentieren Kernaussagen.

Mit 9,35 Milliarden Euro erreichten die Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Jahr 2021 den höchsten Wert aller Zeiten. Dabei handelt es sich im Vergleich zum Vorjahr um einen Anstieg um über 60 Prozent. An Staaten außerhalb von EU, NATO und gleichgestellten Ländern wurden 2021 Ausfuhren in Höhe von 5,95 Milliarden Euro genehmigt. Damit stieg der Anteil der Genehmigungen für Exporte an Drittstaaten deutlich auf 63,6 Prozent an (2020: 50,1 Prozent). Auf Kriegswaffen bezogen stieg dieser Anteil sogar auf 89,8 Prozent (2020: 56 Prozent).

Drittstaatenexporte zur Regel geworden

Angesichts dieser Werte hält es die GKKE nicht mehr für vertretbar, von Ausnahmefällen zu sprechen. Vielmehr seien Rüstungsexporte an Drittstaaten zur Regel geworden und machten oft mehr als die Hälfte der Genehmigungswerte aus. Die GKKE fordert die Bundesregierung erneut dazu auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung dafür vorweisen.

Mit einem Wert von 4,34 Milliarden Euro war Ägypten Hauptempfänger der 2021 genehmigten Rüstungsexporte. Noch kurz vor der Amtseinführung von Bundeskanzler Olaf Scholz genehmigte die damalige schwarz-rote Bundesregierung Exporte in Milliardenhöhe für den hochproblematischen Drittstaat: drei MEKO-Fregatten der Firma ThyssenKrupp Marine Systems sowie 16 IRIS-T Luftabwehrsysteme der Firma Diehl Defence.

Eine fabrikneue Fregatte des Typs MEKO A-200 für die Ägyptische Marine im August 2022 in Kiel
Foto: dpa



Beispiele für problematische Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte

Land	Menschenrechtssituation	Interne Gewaltkonflikte	Regionale Sicherheit	Wert deutscher Einzelausfuhrgenehmigungen 2021*
Ägypten	—————	—————	—————	4.339.348.576
Brasilien	—————	—————	—————	143.503.844
Burkina Faso	—————	—————	—————	2.775.624
Indien	—————	—————	—————	32.985.646
Jordanien	—————	—————	—————	9.732.456
Indonesien	—————	—————	—————	29.003.177
Israel	—————	—————	—————	87.978.727
Katar	—————	—————	—————	53.402.902
Saudi-Arabien	—————	—————	—————	2.516.056
Türkei	—————	—————	—————	11.101.197
VAE	—————	—————	—————	36.279.759

*in Euro

————— kritisch

————— möglicherweise kritisch

Quelle: Rüstungsexportbericht 2022 der GKKE / Länderbewertungen: BICC

Weiterhin Exporte an die Jemen-Kriegskoalition

Doch nicht nur das menschenrechtsverletzende Militärregime von Präsident Abdel Fattah al-Sisi, das auch im Jemen und in Libyen kriegführende Parteien unterstützt hat, erhielt deutsche Rüstungsgüter. Trotz des »Exportstopps« entfielen 2021 auch Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen in dreistelliger Millionenhöhe auf Saudi-Arabien. Dabei handelt es sich um Genehmigungen im Rahmen von Gemeinschaftsprogrammen. Die GKKE kritisiert scharf, dass auch die Ampel-Regierung die entsprechende Lücke im Exportstopp nutzte. Kurz vor der Reise von Bundeskanzler Olaf Scholz in die Golfregion im September 2022 genehmigte sie den Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien. Darunter Ausrüstung und Munition für die Kampfflugzeuge Eurofighter und Tornado im Wert von 36 Millionen Euro. Mit solchen Flugzeugen werden Luftangriffe auf jemenitische Ziele geflogen. Auch für die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten genehmigte die Regierung im September 2022 Rüstungsexporte. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, keine Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen an Embargobrecher und die Jemen-Kriegsparteien zu erteilen – dies gelte insbesondere auch für europäische Gemeinschaftsproduktionen.

Erwartungen an das neue Kontrollgesetz

Das geplante Rüstungsexportkontrollgesetz begrüßt die GKKE, zeigt sich jedoch gleichzeitig skeptisch: »Die vorliegenden Eckpunkte des zukünftigen Gesetzes geben Anlass zur Hoffnung, allerdings auch Grund zur Sorge«, so Prälat Dr. Karl Jüsten, der katho-

liche GKKE-Vorsitzende. Er fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag dazu auf, die Lücken in der Ausarbeitung des künftigen Gesetzes zu schließen: »Ein Rüstungsexportkontrollgesetz ohne ein Verbandsklagerecht bliebe in seiner restriktiven Wirkung zahnlos«. Besonders problematisch ist für die GKKE auch die De-facto-Festschreibung des Vorranges europäischer Rüstungsk Kooperationen. Zwar setzten die Eckpunkte auf eine anzustrebende EU-Rüstungsexportverordnung, jedoch bliebe das für die deutsche Genehmigungspraxis zu unverbindlich. Die GKKE fordert deshalb, dass die Veto-Möglichkeit bei Gemeinschaftsprojekten erhalten bleibt.

Redaktion: **Charlotte Kehne**, Januar 2023

- Der Rüstungsexportbericht der GKKE steht als PDF-Datei unter www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 148 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch:

Brot für die Welt

mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaiia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.